Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Russland

Arktische Luftlandungen

Am 26. April führten die russischen Luftlandetruppen ihre erste Gruppen-Luftlandung über der Arktis durch. Das Vorausdetachement wurde aus etwa 10 000 Meter Höhe mit besonderen Fallschirmsystemen und Sauerstoffgeräten über Franz-Joseph-Land abgesetzt, ein Novum in dieser harschen Umgebung. Laut dem russischen Verteidigungsministerium haben davor drei Il-76-Transportmaschinen insgesamt 18 Tonnen Material abgeworfen. Damit konnte die Gruppe der Fallschirmjäger unmittelbar mit seiner Aufgabe beginnen, einen Landeplatz für später nachgeführte Aufklärungseinheiten zu sichern, so der stellvertretende Verteidigungsminister Generalleutnant Yunus-Bek Yevkurow. Erfreut darüber zeigte sich auch der Chef des militärischen Lufttransportkommandos, Generalleutnant Wladimir Benediktow: «Es handelte sich dabei um die erste Luftlandung dieser Art über der Arktis in der Geschichte der russischen Luftfahrt. Wir haben viel gelernt und sind stolz, dass uns die Operation in diesem unübersichtlichen Gelände ganz ohne Spezialmarkierungen und weiteren Hilfsmitteln gelang.» Die benötigte persönliche Kälteschutz-Ausrüstung für die Einsatzkräfte wurde von Rostec geliefert und umfasst 40 verschiedene Teile von Kleidung bis Spezialmaterial aus dem Nanuk-Programm, das bereits seit Mitte 2018 getestet wird. Der Absprung fand auch im Rahmen der 75-Jahr-Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs statt, erklärte Verteidigungsminister Sergej Shoigu. Denn entgegen der langen russischen Tradition und infolge der Massnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus fand am «Tag des Sieges» keine militärische Parade auf dem Roten Platz statt. Diese hat Kremlchef Vladimir Putin schweren Herzens auf einen noch unbestimmten Tag verschoben: «Der 9. Mai, also der Tag unseres Triumphs, ist uns heilig. Uns ist aber auch das Leben eines jeden Menschen heilig.» Es hätte die grösste Siegesparade der Geschichte werden sollen.

Bild: Russisches Verteidigungsministerium

Arktische Luftlandung zur 75-Jahr-Feier.

Türkei

Wie weiter mit den USA?

Infolge der Corona-Pandemie verzögert sich in der Türkei die Indienststellung der beschafften und bereits ausgelieferten S-400-Luftabwehrraketen. Ibrahim Kalın, Pressesprecher des türkischen Präsidenten, betonte an einem vom Atlantic Council veranstalteten Web-Seminar, dass COVID-19 insgesamt aber keinen Einfluss auf irgendein Datum haben wird, «denn letztendlich wird bei diesem System alles wie geplant vorankommen». Dem US-Botschafter in der Türkei, David Satterfield, missfielen diese Äusserungen erwartungsgemäss und er betonte einmal mehr die Auswirkungen eines russischen Bodenluftabwehrsystems auf die Beziehungen seines Landes mit der Türkei. Obwohl beide NATO-Mitglieder sind, werde die USA nicht davor zurückschrecken, sich bei der Inbetriebnahme der S-400 beim «Countering America's Adversaries Through Sanctions Act» (CAATSA) zu bedienen. Mit CAATSA bestraft die USA Länder, die Rüstungsgüter von Russland kaufen. Satterfield betonte, dass er der Türkei schon öfters diese Massnahme erklärt habe, «er verfüge aber nicht über eine Zusicherung der türkischen Regierung, die es ihm aktuell erlauben würden, seine Bedenken auszuräumen». Die Regierung um Präsident Erdogan sieht das natürlich anders. Und wohl deshalb lieferte die Türkei bis Ende April zwei Transportflugzeuge mit medizinischen Hilfsgütern, darunter 500 000 chirurgische Masken, 4000 Schutzanzüge, etwa 2000 Liter Desinfektionsmittel, 1500 Schutzbrillen, 400 FFP2-Masken und 500 Gesichtsschutzschilde in die vom Coronavirus stark betroffene USA. Um dieser Aktion auch die nötige Prägnanz zu verleihen, liess das türkische Verteidigungsministerium, welches für die Transportflüge verantwortlich war, die Worte des Sufi-Dichters Jalaluddin Rumi (13. Jahrhundert) auf die Verpackungseinheiten drucken: «Nach der Hoffnungslosigkeit gibt es so viel Hoffnung und nach der Dunkelheit gibt es eine viel hellere Sonne.» Für Satterfield wohl ein grotesker Anblick. Vor allem weil sich der stellvertretende türkische Verteidigungsminister wohlgesinnt zeigte und per Twitter verlauten liess: «Wir stehen voll und ganz hinter unserem strategischen Partner.» Für die Türkei offenbar selbstverständlich. Das Land spendete medizinische Hilfsgüter an insgesamt 55 Länder – unter anderen nach Grossbritannien, Italien, Spanien, Südafrika sowie in die Westbank und nach Gaza.

Bild: Türkisches Verteidigungsministerium

US-Botschafter Satterfield (3. v. r.) sieht sich die Hilfsgüter an.

NATO

Medizinische Güter per Rekordtransporter

Zehn Millionen Masken in Leipzig/Halle. Bild: Mitteldeutsche Flughafen AG

Am 27. April war es so weit: Langersehnte medizinische Güter treffen in Leipzig-Halle ein. Aus China wurden mehr als zehn Millionen Atemschutz- und Operationsmasken und weiteres Material für den Kampf Deutschlands gegen COVID-19 eingeflogen.

Der Transport, so verkündete das deutsche Verteidigungsministerium, wurde mit einer Antonov AN-225 «Mrija» (Ukrainisch für «Traum») ausgeführt. Die NATO führt das Flugzeug unter dem Codenamen COSSACK und war für die Organisation und Durchführung des Transports zu Gunsten der deutschen Regierung verantwortlich. Der Flug wurde durch die so genannte Strategic Airlift International Solution (SALIS) ermöglicht, die den am Programm beteiligten Ländern Zugang zu schweren Transportflugzeugen vom Typ Antonov verschafft. Zwei weitere Transporte mit insgesamt fast 15 Millionen Gesichtsschutzmasken kamen noch in der gleichen Woche mit via SALIS unter Vertrag genommenen «kleineren» Antonovs AN-124 aus China in Deutschland an. Die weltweit einzige An-225 ist nach Angaben der NATO das grösste Flugzeug der Welt. Es wurde in den 1980er-Jahren für den Transport von Space Shuttles gebaut und kann bei einem Leergewicht von etwa 175 Tonnen und einem 1220 Kubikmeter grossen Frachtraum bis zu 250 Tonnen Fracht befördern. Die An-225 wurde erst 2019 generalüberholt und konnte nach über einjähriger Pause am 11. April 2020 ihren ersten SALIS-Flug von Kiew nach Tianjin in China zurücklegen. Von dort aus startete diese am darauffolgenden Tag, vollgeladen mit etwa sieben Millionen Masken, hunderttausenden Schutzanzügen und Gesichtsschutzhelmen in Richtung Warschau. Seither steht sie im Dauereinsatz, pendelnd zwischen China und den NATO-Staaten. Bereits Ende März konnte SALIS über 106 Tonnen medizinische Hilfsgüter mit mehreren AN-124-Flügen in die Tschechische Republik fliegen. Neun NATO-Mitglieder (Belgien, die Tschechische Republik, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Norwegen, Polen, die Slowakei und Slowenien) nehmen am SALIS-Programm teil. SALIS wird von der NATO Support and Procurement Agency, die der Allianz eigene Unterstützungs- und Beschaffungsbehörde, in Zusammenarbeit mit einem privaten Anbieter am Standort des Flughafens Leipzig/Halle verwaltet. Die Mitglieder erhalten dabei innerhalb weniger Tage sicheren Zugang zu bis zu fünf AN-124-Flugzeugen. Darüber hinaus bietet der aktuelle Vertrag mit dem Betreiber «Antonov Logistics SALIS GmbH» im Bedarfsfall auch Zugang zu AN-22, AN-225 und IL-76-Flugzeugen.

Libanon

Kommt Chaos in die Levante?

Anhaltende Proteste im Libanon. Bild: HRW/Hussein Malla

Am 26. März konnte die Hisbollah nicht mehr anders. Als Reaktion auf die sich auch im Libanon rapide ausbreitende Corona-Pandemie beschloss der Generalsekretär der Partei Gottes, Hassan Nasrallah, im ganzen Land medizinisches Personal zu verteilen. Ärzte, Sanitäter und Rettungspersonal aus den eigenen Parteireihen wurden der gesamten Bevölkerung zur Verfügung gestellt, bisher ausnahmslos den Mitgliedern der Hisbollah zur Verfügung stehende Spitaleinrichtungen geöffnet. Ebenfalls sechs Krankenhäuser. Beatmungsgeräte und Behandlungen von COVID-19-Patienten werden nun durch die Widerstands-Bewegung kostenlos zur Verfügung gestellt, auch werden im ganzen Land Corona-Tests gratis angeboten. Die parteieigenen Hotel- und Ferienanlagen und weitere gemeinnützige Einrichtungen, die normalerweise für Jugendlager und die (teils bewaffneten) Pfadfinder der Hisbollah genutzt werden, dienen aktuell als Quarantänestationen. Wie kam es dazu? Ungleich zu anderen, benachbarten Ländern wurden im Libanon nur verhältnismässig wenig Corona-Positive erkannt: bis Mitte April knapp 600 Fälle. Bereits am 15. März wurde ein nationaler Lockdown angeordnet und dieser Ende März mit einer nächtlichen Ausgangssperre ver-

schärft. Experten sind sich jedoch einig. Da nur etwa 500 Tests pro Tag durchgeführt werden konnten, sei die Dunkelziffer massiv höher. Bekannt ist auch, dass aus den südlichen Vororten von Beirut besorgniserregende Zustände vermeldet werden. Dort, in Dahieh, wo die Hisbollahzentrale daheim ist und besonders auch in den Parteihochburgen in der Bekaa-Ebene und im Südlibanon, haben aus dem Syrienkrieg und aus dem Iran zurückgekehrte Milizionäre, Kleriker und Parteibeamte das Virus eingeschleppt. In Dahiehs Krankenhäuser sind die Zustände «wie in Italien». Haufenweise werden Kranke mit schweren Lungenentzündungen eingeliefert, so ein Bewohner. Das Problem: Für die Hisbollah sind die medizinischen Einrichtungen ein Teil ihres «Kriegsdispositivs» und fallen dementsprechend unter die Geheimhaltung, denn sie könnten einen Einfluss auf das eigene Sicherheitskonzept haben. Ob der Libanon auch diese Krise meistern kann, wird sich zeigen. Allein die gegenwärtige Inflation von etwa 50%, die Flüchtlingsproblematik mit Syrien und ethnopolitische Spannungen treiben das Land in eine ungewisse Zukunft. Die Hisbollah sah sich bisher als Garant für Ruhe und Ordnung, natürlich auch für den Widerstand (gegen der Erzfeind Israel). Nun aber befindet sich das Land an einem Scheideweg. Gesundheitlich und politisch, aber vor allem ökonomisch. Was mit Demonstrationen im Oktober 2019 begann, endete im März mit 90 Milliarden Dollar Schulden, welche nicht bedient werden können. Erstaunlich, dass die Hisbollah nun den Gouverneur der libanesischen Zentralbank öffentlich bekämpft. Immerhin gelang es Riad Salameh als libanesischem Zentralbanker, «seine» Währung in den letzten beiden Jahrzehnten mehr oder weniger stabil zu halten. Premierminister Hassan Diab ist also in der Zwickmühle. Will er seine Macht behalten oder will er sein Land retten? Derzeit behält der Internationale Währungsfonds seine Geldhilfen, auch zur Bewältigung der Corona-Krise, zurück. Solange, bis sich die Regierung an die mit dem Ausland getroffenen Abmachungen hält. Bis dahin dürfte sich der Kampf um die Zukunft mehrheitlich auf den Strassen des Landes abspielen.

Brasilien

Jair Bolsonaro. Bild: E. Peres

Ruf nach Militär

Seine Anhänger verlangen das Eingreifen der Armee, und Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro schaut unbeeindruckt zu. Der Staatschef spiele mit dem Feuer, kritisieren Beobachter. Die Lage ist nicht nur wegen Corona heikel.

In Brasilia, der Hauptstadt Brasiliens, sind wiederholte Male zahlreiche Regierungsanhänger auf die Strasse gegangen, um ein Eingreifen der Streitkräfte zu fordern. Ihre Proteste richteten sich gegen den Kongress und das Oberste Gericht, das versucht, den Präsidenten Bolsonaro in die Schranken zu weisen. «Wir haben die Streitkräfte auf der Seite des Volkes, für das Gesetz, die Ordnung, die Demokratie und die Freiheit», rief der rechtspopulistische Staatschef seinen Anhängern in einer Erklärung zu, die er live über die sozialen Netzwerke übertragen liess. Es sei genug mit der Einmischung.

Bolsonaro spielte damit auf jüngste Entscheidungen des Obersten Gerichts an, die er als Niederlagen empfinden muss. Die Obersten Richter liessen ein Verfahren gegen den Staatschef wegen der Anschuldigungen zu, den Polizeichef widerrechtlich zu entlassen.

Venezuela

Venezuela nimmt US-Bürger wegen «versuchter Invasion» fest

In Venezuela sind nach Angaben von Staatschef Nicolás Maduro zwei US-Bürger festgenommen worden, die sich an einer versuchten «Invasion» des Landes beteiligt haben sollen. Die Männer im Alter von 34 und 41 Jahren gehörten zum Sicherheitspersonal von US-Präsident Donald Trump, sagte Maduro in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache vor dem Oberkommando der Streitkräfte. Die Regierung macht die USA und Kolumbien für den angeblichen Angriff mit acht Toten und zwei Gefangenen verantwortlich. Beide Länder streiten dies jedoch ab.

Maduro zeigte in seiner Ansprache Reisepässe und andere Dokumente, die von den beiden US-Bürgern stammen sollen. Sie gehörten laut Maduro zu einer Gruppe, die versucht haben soll, sich vom Meer aus nach Venezuela einzuschleusen. Insgesamt seien bei diesem Versuch der angeblichen «Invasion» 15 Menschen von Armee und Polizei an der Küste gefasst worden. Die Nationalitäten der anderen Festgenommenen nannte der Staatschef nicht.

Generalstaatsanwalt Tarek William Saab beschuldigte Oppositionschef Juan Guaidó, diese «Söldner» für den Angriff auf die Regierung angeheuert zu haben. Dafür habe Guaidó 212 Millionen Dollar aus ausländischen Konten des staatlichen Ölkonzerns PDVSA sowie anderen Konten «geraubt», die aufgrund der US-Sanktionen eingefroren seien. Insgesamt seien 114 Verdächtige wegen des versuchten Angriffs festgenommen worden, 92 würden noch gesucht, teilte Saab mit.

Vertreter der sozialistischen Regierung werfen Kolumbien und den USA vor, die Attacke mit dem Ziel organisiert und ausgeführt zu haben, Präsident Maduro zu stürzen. Beide Staaten haben dies zurückgewiesen. Die USA und mehr als 50 andere Staaten erkennen Maduros Präsidentschaft allerdings nicht an und wollen den selbst ernannten Übergangspräsidenten Guaidó an der Regierungsspitze sehen. Oppositionelle Politiker Venezuelas und die USA beschuldigten Maduros Verbündete, den Angriff selbst fingiert zu haben.

USA

Vom Militär entwickelter Corona-Test

Ein neuer Test, der von einer Forschungsabteilung des US-Militärs entwickelt wurde, soll Corona-Patienten identifizieren, bevor sich die ersten Symptome zeigen. Damit liesse sich die Ausbreitung des Virus sehr viel effektiver eindämmen. Zugelassen ist der Test aber noch nicht.

Wissenschaftler, die für das US-Militär arbeiten, haben einen neuen Test entwickelt, der COVID-19-Kranke identifizieren soll, noch bevor Betroffene selbst Verdacht schöpfen. So könne der Bluttest das Virus bereits 24 Stunden nach der Infektion im Körper nachweisen, wenn sich noch keine Symptome zeigen.

Der Test könne ein signifikantes Mittel im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus sein, sagte Brad Ringeisen, der Direktor der Forschungsabteilung des US-Militärs Darpa (Defense Advanced Research Project), dem «Guardian». Ringeisen spricht im Zusammenhang mit dem neuen Test gar von einem Gamechanger – kein anderer liefere so früh Ergebnisse wie dieser. Doch noch ist der Test nicht zugelassen.

Der Bluttest suche nicht gezielt nach dem Virus, sondern interessiere sich vielmehr für die Reaktion des Immunsystems, erklärt Stuart Sealfon, einer der Forscher: «Und das antwortet sofort nach der Infektion.» Damit seien sehr viel frühere Ergebnisse erwartbar, als bei Abstrichen aus dem Mund-, Nasen- oder Rachenraum, die meist erst bei einem Verdacht auf eine COVID-19-Infektion, wenn sich die ersten Symptome zeigen, zum Einsatz kommen.

Mit dem neuen Test liesse sich demnach viel Zeit einsparen. Der Erkrankte werde fünf Tage früher in Quarantäne geschickt, was massive Auswirkungen auf die Infektionsketten hätte. Besonders für die Kranken- und Altenpflege sowie für andere gefährdete (Berufs-)Gruppen könne der Test demnach eine grosse Chance sein, so die Experten.

Nordkorea

Nordkoreas Machthaber Kim hat weiter volle Kontrolle

Das US-Militär geht einem General zufolge davon aus, dass Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un sein Land trotz Berichten über angebliche gesundheitliche Probleme weiterhin führt.

«Ich vermute, dass Kim Jong-un noch volle Kontrolle über die koreanischen Atomwaffen und die koreanischen Streitkräfte hat», sagte der stellvertretende Generalstabschef John Hyten Anfangs Mai. Es gebe keinen Grund, von einem anderen Szenario auszugehen. Er habe keine geheimdienstlichen Erkenntnisse, um die Berichte über Kims kritischen Gesundheitszustand zu bestätigen oder zurückzuweisen, sagte Hyten weiter vor Journalisten.

Der US-Nachrichtensender CNN hatte unter Berufung auf Erkenntnisse der Geheimdienste berichtet, dass sich Kim nach einer Herz-Operation in kritischem Zustand befinde. Die Regierung in Südkorea reagierte jedoch skeptisch auf den Bericht. Gesicherte Erkenntnisse zur Lage in Nordkorea, das weitgehend von der Aussenwelt isoliert ist, gab es zunächst nicht. Kims Alter wird in Südkorea auf 36 Jahre geschätzt.

China

Chinas Geheimdienst warnt vor Krieg mit USA

Im Zuge der von China ausgegangenen Virus-Pandemie befürchtet Peking einem internen Bericht zufolge wachsende Spannungen im Verhältnis zu den USA – bis hin zu einem bewaffneten Konflikt. Ein Papier mit entsprechend brisantem Inhalt habe der Inlandsgeheimdienst Anfang April führenden Staatsvertretern vorgelegt – darunter auch Präsident Xi Jinping, wie mit der Sache vertraute Personen der Nachrichtenagentur Reuters mitteilten.

Donald Trump und Xi Jinping im Jahr 2019.

Angestachelt von den USA sei für China weltweit mit der feindseligsten Stimmung seit der Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 zu rechnen. Im schlimmsten Fall könne es zu einer bewaffneten Konfrontation zwischen den beiden Weltmächten kommen.

Das Papier weckt laut Insidern in seiner Tonlage Erinnerungen an die Frühphase des Kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Aussenministerium in Peking erklärte auf Reuters-Anfrage zu dem Bericht, es habe «keine entsprechenden Informationen».

In dem Report wird laut den Gewährsleuten auch die Befürchtung geäussert, die Vereinigten Staaten könnten ihre finanzielle und militärische Unterstützung für Verbündete in Asien forcieren und damit die Sicherheitslage auf dem Kontinent destabilisieren. Der Bericht sei von der Denkfabrik CICIR erstellt worden, die enge Verbindungen zum Inlandsgeheimdienst unterhalte, der als Ministerium der Volksrepublik China für Staatssicherheit firmiert.

Gefahr für neue Seidenstrasse befürchtet

In dem Bericht wird demnach die Sorge geäussert, dass sich anti-chinesische Stimmungsmache auch negativ auf die neue Seidenstrasse auswirken könne – ein gross angelegtes Infrastrukturprojekt, mit dem China seine Handelswege nach Europa sichern will.

Die USA und China liefern sich zudem bereits seit Jahren einen Handelskonflikt, der von US-Präsident Donald Trump losgetreten wurde. Die Corona-Krise eröffnet nun ein neues Spannungsfeld.

In der staatlichen Zeitung «China Global Times» hat China jüngst öffentlich die Vorwürfe der USA zurückgewiesen, das neuartige Coronavirus stamme aus einem Labor in Wuhan. «Die Trump-Regierung führt weiterhin einen beispiellosen Propagandakrieg, während sie versucht, die weltweiten Bemühungen im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie zu behindern», heisst es in dem Leitartikel. US-Aussenminister Mike Pompeo habe keine Beweise dafür, dass das Virus seinen Ursprung in dem Labor in Wuhan habe Er «bluffe» nur.

Pascal Kohler, Henrique Schneider